

## Antrag Ausschuss Öffentliche Sicherheit am 08. März 2022

### **Brandschau im Land Bremen**

Die Koalition aus SPD, CDU und FDP fordert die dringende Einführung einer Brandschau und erwartet vom Magistrat, dass alle ihm zustehenden Möglichkeiten für eine Gesetzesanpassung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes über den Innensenator des Bundeslandes Bremen umgehend genutzt werden.

#### **Begründung:**

Brände lassen sich nicht völlig verhindern. Doch bauliche Maßnahmen können eine Ausbreitung des Feuers verhindern und insbesondere Möglichkeiten zur Rettung von Menschen sowie zur gezielten Brandbekämpfung schaffen.

Bundesweit – mit Ausnahme des Landes Bremen – haben daher sogenannte Brandschutzprüfer die gesetzliche Pflicht und das Recht, Gebäude, Anlagen und Einrichtungen im Rahmen der sogenannten Hauptamtlichen Brandschau regelmäßig auf ihre Brandsicherheit zu prüfen. Die rechtlichen Grundlagen hierzu sind in den Brandschutzgesetzen der Bundesländer und den hierzu erstellten Verordnungen enthalten.

In erster Linie müssen dabei Objekte geprüft werden, die ein erhöhtes Brandrisiko aufweisen, in denen sich viele Menschen aufhalten oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Dazu gehören Schulen, Krankenhäuser, Theater, Warenhäuser, Gewerbe- und Industriebetriebe sowie größere landwirtschaftliche Betriebe. Aber auch Wohnhochhäuser sollten genauso begutachtet werden, wie auch die sogenannten Schrottimmobilen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit hatte bereits am 6. November 2017 einstimmig einen Antrag zur Einführung der hauptamtlichen Brandschau auch im Land Bremen beschlossen. Die Feuerwehr formulierte daraufhin in Abstimmung mit dem Bauordnungsamt Vorschläge für die Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes und teilte sie dem Innensenator mit. Diese Vorschläge basieren auf den bundesweit geltenden Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren. Bis heute hat der Senator dazu keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen und damit auch keine entsprechende Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes veranlasst.

**SPD Fraktion**  
*Martina Kirschstein-Klingner*  
*Jörn Hoffmann*

**CDU Fraktion**  
*Thorsten Raschen*

**FDP Fraktion**  
*Bernd Freemann*